

## Reaktion von Mitgliedern auf das Verbot des Neuen Forums und weitere Aktivitäten

1989 geriet das SED-Regime in der DDR weiter unter Druck. Immer mehr Menschen waren mit den Verhältnissen unzufrieden. Sie wollten die DDR entweder verlassen oder versuchten, das Land zu reformieren und die Politik aktiv mitzugestalten. Bürgerrechtsgruppen, wie das Neue Forum, wurden immer bekannter, während die Staatssicherheit ihre Aktivitäten genau beobachtete und dokumentierte.

Bürgerrechtsgruppen hatte es in der DDR bereits vor dem Spätsommer 1989 gegeben. Eine Übersicht, die die Stasi im Mai fertig gestellt hatte, zählte in der gesamten DDR 160 Gruppen auf, die zu einem erheblichen Teil schon seit Jahren existierten. Diese beschränkten sich allerdings in der Regel auf bestimmte Themen (Frieden, Ökologie, Gleichberechtigung der Frauen usw.) und ihre Mitglieder lehnten es ab, sich selbst als "Dissidenten" oder "Oppositionelle" zu bezeichnen. Das hatte vor allem taktische Gründe, weil sie die Diktatur nicht zu sehr herausfordern wollten. Auf der Gegenseite hat die Staatssicherheit die Gruppen genau beobachtet, mit Inoffiziellen Mitarbeitern infiltriert, einzuschüchtern und zu zersetzen versucht. Aber sie mit offen repressiven Mitteln zu zerschlagen und die Aktivistinnen und Aktivisten einzusperren, war ihr nicht möglich. Weil das als "politische" (nicht als rechtliche) Frage galt, hätte die Stasi dazu vorab eine Erlaubnis von SED-Generalsekretär Erich Honecker benötigt. Der aber zögerte, weil er einen Ansehensverlust im westlichen Ausland fürchtete.

Durch die Fluchtwelle über Ungarn im August 1989 und die Unruhe, die sie in der DDR auslöste, änderte sich die Konstellation grundlegend. Viele Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler kamen in diesen Wochen zu der Überzeugung, es sei an der Zeit, sich zu Wort zu melden und eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen.

Die Bürgerrechtsinitiative mit der bald größten öffentlichen Resonanz war das Neue Forum, das am 9./10. September in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen wurde. Ihre Kernbotschaft lautete: "Die Zeit ist reif – Aufbruch '89". Von der Staatssicherheit wurde sie genau beobachtet. Das Neue Forum war eine von mehreren politischen Initiativen, die in diesen Wochen gestartet wurden oder, schon etwas länger in Vorbereitung, nun zum ersten Mal an die Öffentlichkeit gingen: die Initiative für die Schaffung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR, die "Vereinigte Linke", der "Demokratische Aufbruch" und "Demokratie jetzt".

Die vorliegende "Information" der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) enthält Hinweise darauf, wie die Aktivistinnen und Aktivisten auf die gescheiterte Anmeldung einer offiziellen Vereinigung Neues Forum reagierten. Sie ließen sich durch die Drohung mit strafrechtlicher Verfolgung nicht einschüchtern und verbreiteten weiterhin den Gründungsaufruf des Neuen Forums insbesondere in kirchlichen Gruppen und Veranstaltungen. Der Aufruf fand insbesondere unter den "Kunst- und Kulturschaffenden" eine wachsende Resonanz.

**Signatur:** BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5733, Bl. 7-12

### Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe  
Datum: 2.10.1989  
Rechte: BStU  
Überlieferungsform: Dokument

Reaktion von Mitgliedern auf das Verbot des Neuen Forums und weitere Aktivitäten

BStU 000007
----------------

**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

Streng geheim! Um Rückgabe wird gebeten!
---

Berlin, den 2. 10. 89

6 Blatt

Nr. 434 / 89 Exemplar

**INFORMATION**  
über

weitere beachtenswerte Reaktionen von Antragstellern auf die Ablehnung der Anmeldung der Vereinigung "Neues Forum" und über die Fortsetzung von Aktivitäten zur Formierung dieser oppositionellen Sammlungsbewegung

Nach dem MfS vorliegenden streng internen Hinweisen erklärten die Erstunterzeichner des Gründungsaufufes mehrheitlich, ihre Aktivitäten zur Formierung des "Neuen Forums" fortzusetzen.

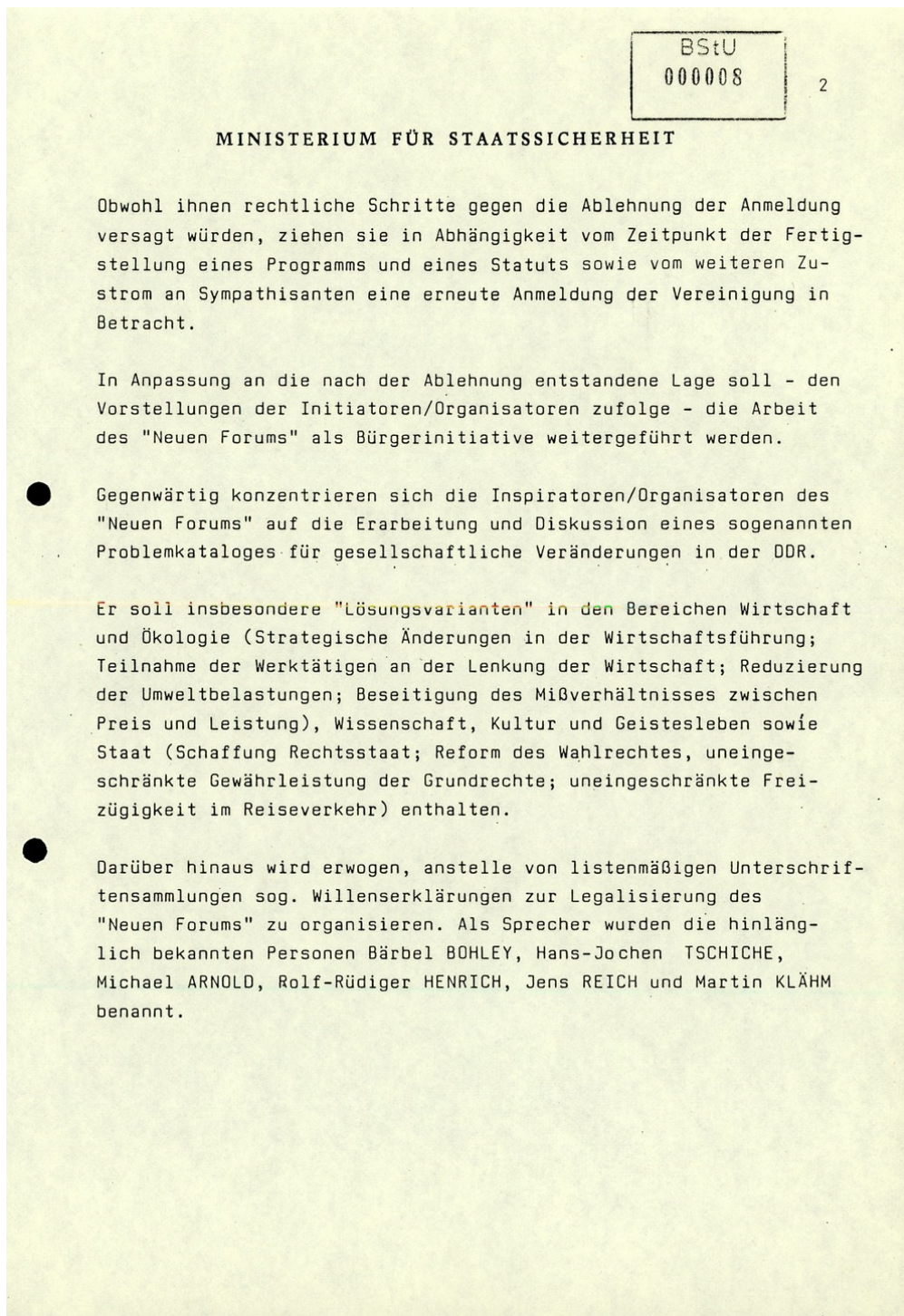
● Unter Bezugnahme auf die gegenwärtige politische Situation und auf die angebliche Resonanz bei unterschiedlichsten Bevölkerungskreisen in der DDR auf den Gründungsaufuf des "Neuen Forums" spekulieren sie darauf, daß bei Weiterführung entsprechender Aktivitäten keine strafrechtlichen Maßnahmen gegen die Initiatoren eingeleitet würden, da dies ihrer Meinung nach eine "breite Protestwelle" in der DDR und im Ausland zur Folge hätte.

Sie lassen die Absicht erkennen, ihre Kontakte zu sozialismusfeindlichen Kräften im westlichen Ausland und zu westlichen Korrespondenten auch im Interesse des Schutzes ihrer Person weiter zu intensivieren.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5733, Bl. 7-12

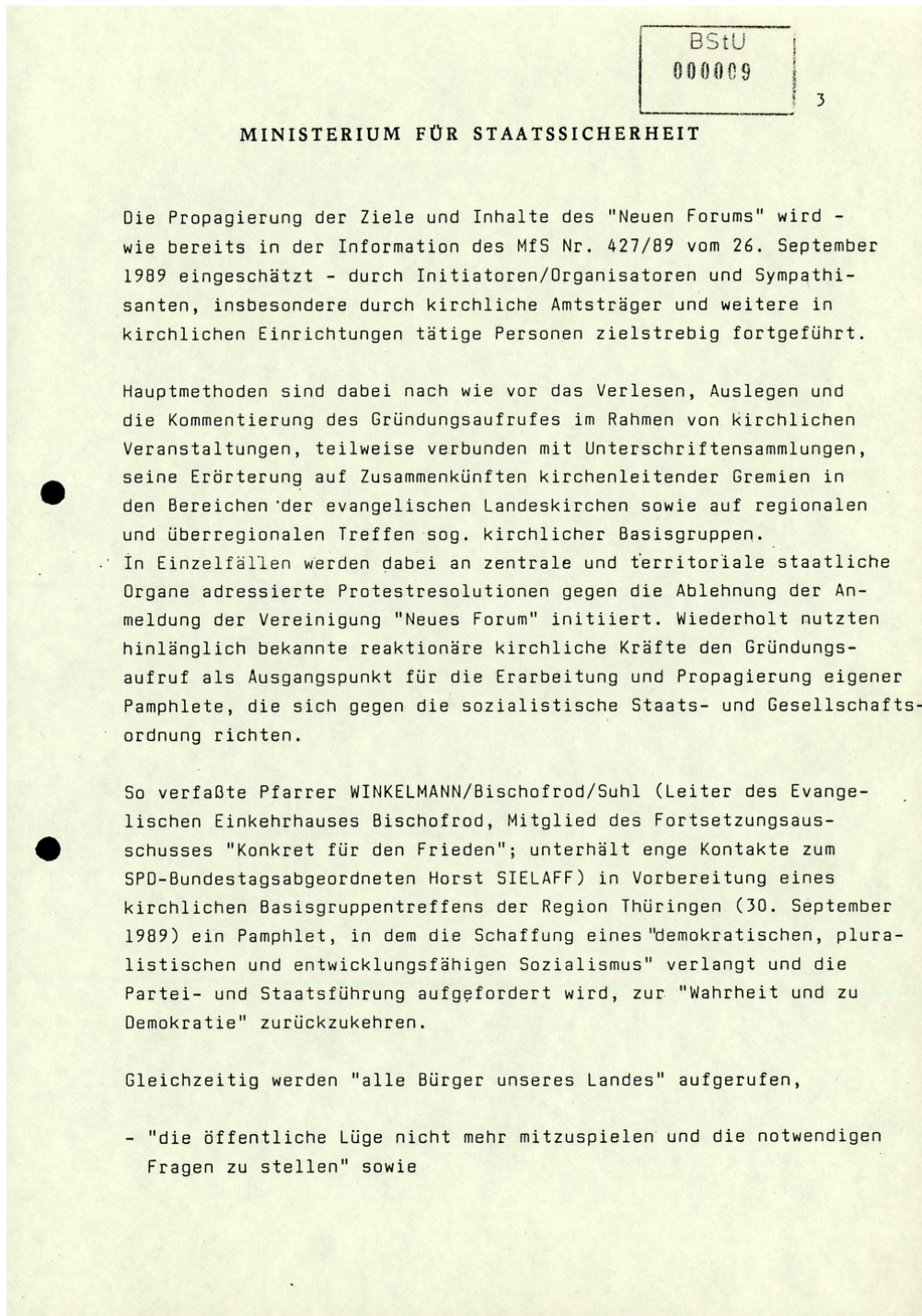
Blatt 7

## Reaktion von Mitgliedern auf das Verbot des Neuen Forums und weitere Aktivitäten





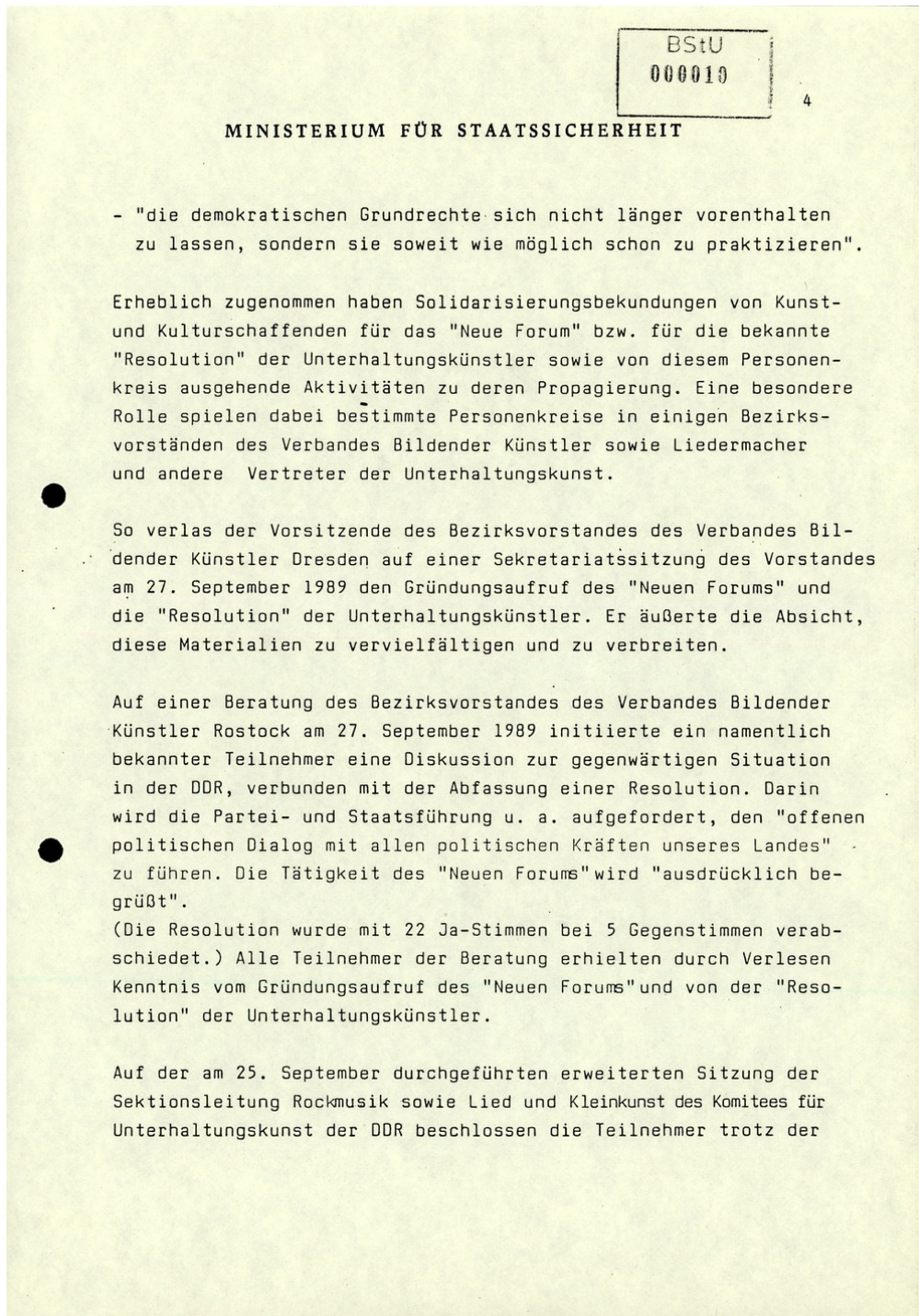
## Reaktion von Mitgliedern auf das Verbot des Neuen Forums und weitere Aktivitäten



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5733, Bl. 7-12

Blatt 9

## Reaktion von Mitgliedern auf das Verbot des Neuen Forums und weitere Aktivitäten

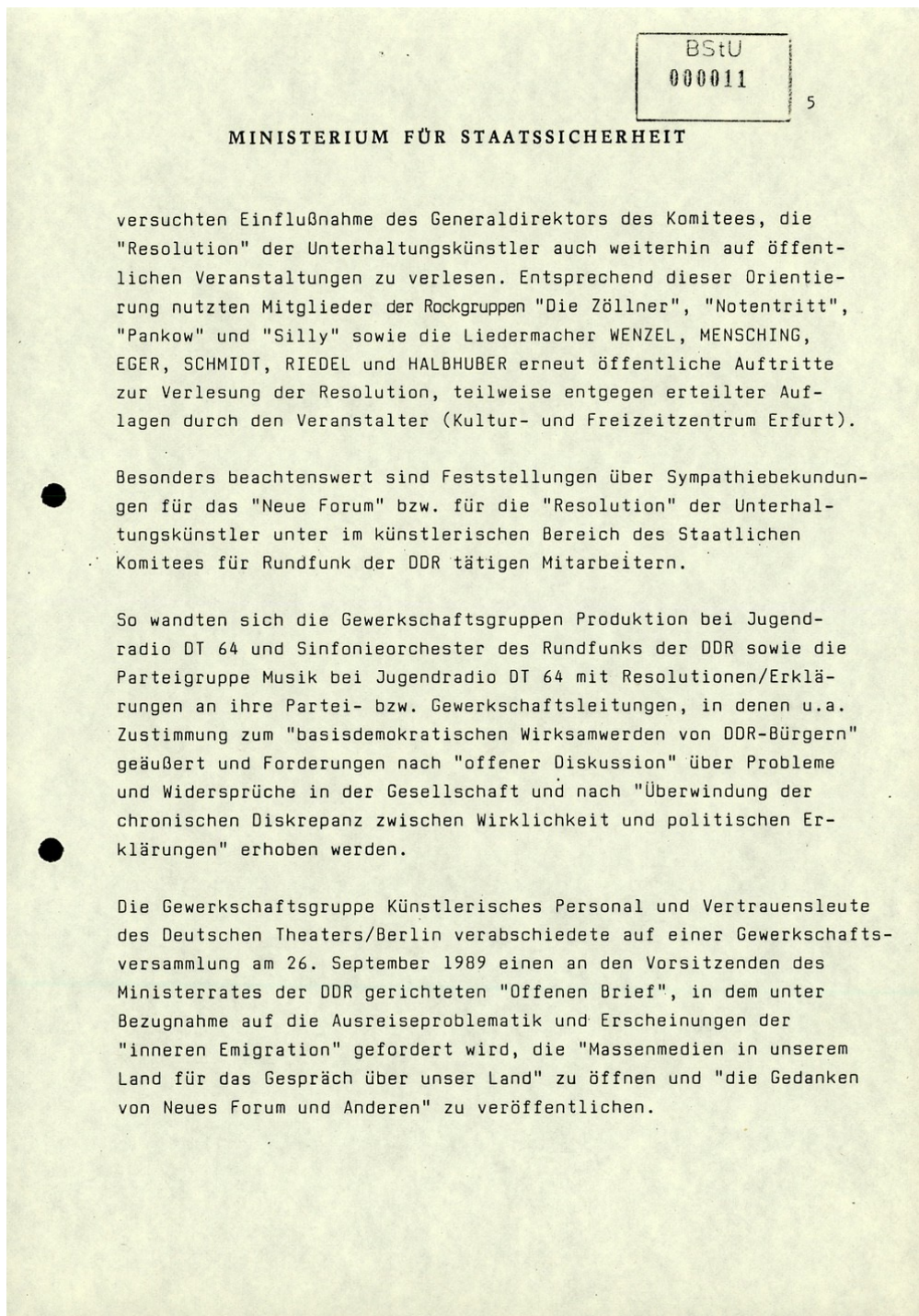


Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5733, Bl. 7-12

Blatt 10



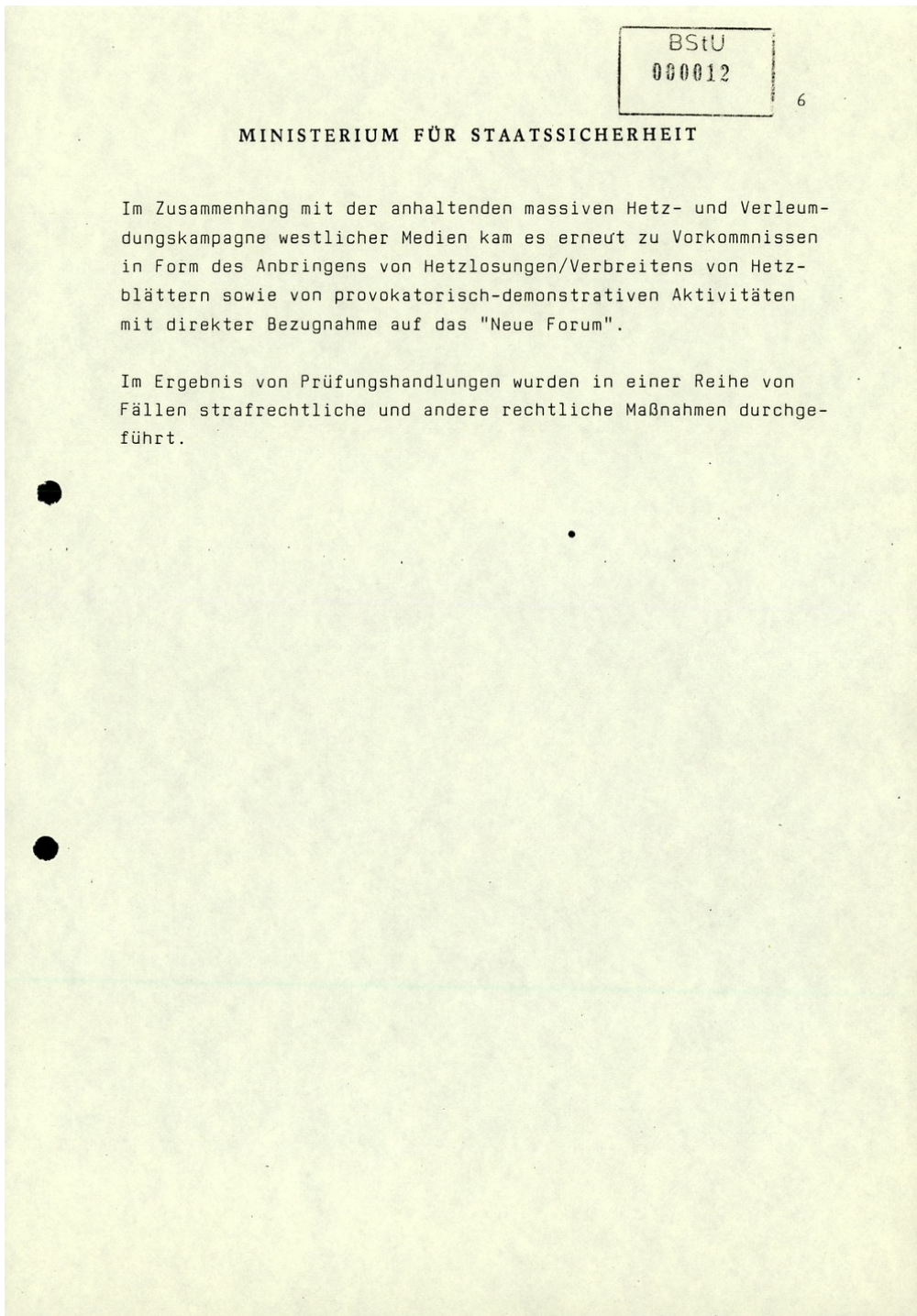
## Reaktion von Mitgliedern auf das Verbot des Neuen Forums und weitere Aktivitäten



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5733, Bl. 7-12

Blatt 11

Reaktion von Mitgliedern auf das Verbot des Neuen Forums und weitere Aktivitäten



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5733, BL 7-12

Blatt 12